



## Ausgabe vom 16. November 2021

Liebe Leserinnen und Leser,

wir verzeichnen in den vergangenen Tagen einen starken Anstieg der Infektionszahlen und eine teilweise maximale Auslastung der Intensivbetten. Letzte Woche vermeldeten die Alb Fils Kliniken, dass kein freies Intensivbett mehr frei sei. Insbesondere Ungeimpfte mit teils schweren Verläufen müssen auf den Intensivstationen behandelt werden.

Mit Blick auf die bevorstehende Advents- und Weihnachtszeit hätten wir uns alle bessere Nachrichten gewünscht. Unsere oberste Priorität bleibt nach wie vor der Schutz unserer Bevölkerung, insbesondere der vulnerablen Gruppen, Menschen, die sich aufgrund ihres Gesundheitszustandes, Erkrankungen oder Schwangerschaft nicht impfen lassen können, sowie Kinder bestimmter Altersgruppen.

In der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sind wir uns einig, dass ein Auslaufen der epidemischen Lage zum 25. November das falsche Signal ist.

Die neue Regierung ist zwar noch nicht gebildet, aber der gewählte Bundestag ist bereits am Arbeiten. Unter anderem wurde vergangene Woche ein Hauptausschuss eingerichtet, der sich mit dringenden Gesetzesvorhaben beschäftigt, solange die Fachausschüsse noch nicht gebildet sind.

Über weitere Ereignisse der vergangenen Sitzungswoche berichte ich Ihnen im Folgenden.

Alles Gute und bleiben Sie gesund.

Mit den besten Wünschen und Grüßen

Ihr Hermann Färber MdB

# Änderung des Infektionsschutzgesetzes



Impfen ist der Schlüssel im Kampf gegen die Corona-Pandemie (Bild: Kawee, Adobe Stock)

Die drei Ampel-Fraktionen planen ungeachtet der dramatischen Infektionslage, die „epidemische Lage von nationaler Tragweite“ zum 25. November 2021 nicht zu verlängern und auslaufen zu lassen, weil sie die Voraussetzungen dafür nicht mehr für gegeben halten. Stattdessen planen sie, mit Basis-Maßnahmen – etwa der Maskenpflicht, Abstandsgebot, 3G – sicher durch Herbst und Winter zu kommen. Zudem wollen die Ampel-Fraktionen die Möglichkeiten der Länder einschränken, vor Ort auf akute Ausbruchgeschehen effektiv zu reagieren und erforderliche Schutzmaßnahmen zu treffen.

## Wesentliche Aspekte fehlen im Gesetzentwurf

Unserer Ansicht nach müssen folgende Punkte noch in das Gesetz einfließen:

1. Eine weitere Unterstützung für Krankenhäuser, die deren Mehrbelastung durch Corona-Patienten finanziell abfedert.
2. Eine Rechtsgrundlage für eine bundesweit zulässige Testpflicht in Gemeinschaftseinrichtungen.
3. Klare Regelungen für 2G, 2G+ und/oder 3G.
4. Die rechtlich abgesicherte Berechtigung aller Arbeitgeber, den Impfstatus ihrer Beschäftigten zu erfragen.

Am Montag dieser Woche drang durch, dass sich die Ampel-Fraktionen auf eine Impfpflicht unter anderem für Pflegeeinrichtungen und Kindertagesstätten geeinigt hätten. Bereits am Nachmittag, wenige Stunden später, wurde dies relativiert. Eine Einigung gäbe es nicht, hieß es. Dies werde beraten.

Mehr Informationen finden Sie unter <https://www.cducsu.de/themen/corona-union-fordert-verlaengerung-der-epidemischen-lage>.

## Migration ordnen, steuern und begrenzen – Neue Pullfaktoren verhindern



Bild: Stockwerk-Fotodesign, Adobe Stock

Derzeit steigen die Migrationszahlen wieder an. Ein erheblicher Teil der aktuell in Deutschland ankommenden Migranten ist über Belarus in die EU gelangt. In einem Antrag fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, den belarussischen Diktator Alexander Lukaschenko zu stoppen und Sanktionsmaßnahmen gegen alle Staaten und Unternehmen zu ergreifen, die das Lukaschenko-Regime unterstützen.

Mit unserem Antrag "Migration ordnen, steuern und begrenzen – Neue Pullfaktoren verhindern – Lukaschenko stoppen" zielen wir zudem auf eine wirksame Sicherung der EU-Außengrenzen sowie auf die größtmögliche Unterstützung Polens bei der Bewältigung des Migrationszustroms und der Grenzsicherung. Darüber hinaus fordern wir die Ampel-Parteien auf, keine neuen Pullfaktoren z. B. durch Spurwechsel und Ausweitung von Sozialleistungen zu setzen. In der letzten Legislatur ist es der unionsgeführten Bundesregierung gelungen, die Migrationszahlen deutlich zu senken und ein gutes Gleichgewicht zwischen Humanität und Ordnung herzustellen.

## Feierliches Gelöbnis der Bundeswehr



Feierliches Gelöbnis vor dem Reichstag. Bild: Hermann Färber MdB

66 Jahre besteht die Bundeswehr. Am 12. November 1955 erhielten die ersten 101 Soldaten ihre Ernennungsurkunde. Zum Gründungstag der Bundeswehr, die sich ab dem 1. Januar 1956 auch offiziell so nannte, fand vergangenen Freitag vor dem Reichstag ein feierliches Gelöbnis statt. Danke an unsere Soldatinnen und Soldaten für 66 Jahre Dienst für unser Land.

## Eislingen: Stammtisch mit dem CDU-Stadtverband

Knapp vier Stunden diskutierte ich über politische Themen von der Kommune bis zum Bund beim November-Stammtisch der CDU Eislingen. Ein großes Thema war die stetig wachsende Größe des Bundestags, in dem in der neuen Legislatur mittlerweile 736 Abgeordnete sitzen.

Beim Thema Wahlrechtsreform wollen alle anderen Parteien bei den direkt Gewählten kürzen, obwohl gerade dort die direkten Ansprechpartner sitzen und noch größere Wahlkreiszuschnitte dem kurzen Draht zu den Bürgern entgegenwirken. Man kann über die Zahl der Wahlkreis nachdenken, aber wer direkt in seinem Wahlkreis gewählt ist, gehört zwingend ins Parlament. Mit dieser Haltung stand die Union bislang alleine da.